



Czernin

Barbara Blaha
Sylvia Kuba

DAS
ENDE
DER
**KRAWATTEN-
PFLICHT** Wie Politikerinnen in
der Öffentlichkeit bestehen

Barbara Blaha - Sylvia Kuba

DAS ENDE DER KRAWATTENPFLICHT

Wie Politikerinnen in der Öffentlichkeit bestehen



Barbara Blaha - Sylvia Kuba

DAS ENDE DER
KRAWATTENPFLICHT

*Wie Politikerinnen in der Öffentlichkeit
bestehen*

Czernin Verlag, Wien

Hergestellt mit Unterstützung der Kulturabteilung der Stadt Wien,
Wissenschafts- und Forschungsförderung (MA 7)

Blaha, Barbara; Kuba, Sylvia: DAS ENDE DER
KRAWATTENPFLICHT. Wie Politikerinnen in
der Öffentlichkeit bestehen / Barbara Blaha, Sylvia Kuba
Wien: Czernin Verlag 2012
ISBN: 978-3-7076-0398-9

© 2012 Czernin Verlags GmbH, Wien
Umschlaggestaltung: modularplus.com
Lektorat: Florian Huber
Produktion: www.nakadake.at
ISBN E-book: 978-3-7076-0398-9
ISBN Print: 978-3-7076-0306-4

Alle Rechte vorbehalten, auch das der auszugsweisen Wiedergabe
in Print- oder elektronischen Medien

Einleitung

„I'm going to talk about gender today! (Woo! Gender!)“

SHANA MLAWSKI, BLOGGERIN

Im Jänner 2011 geriet die Krawatte im deutschen Bundestag zum Politikum. Stein des Anstoßes war das Pochen auf die Krawattenpflicht für jene Bundestagsabgeordneten, welche die Schriftführung und Sitzungsleitung innehaben. Die Krawattenpflicht sollte dazu beitragen, die Würde des Hauses zu bewahren.

Die Vorschrift gilt freilich nur für Männer. Weibliche Abgeordnete werden vage ersucht, angemessene Kleidung zu wählen.¹ Eine genaue Vorstellung davon, wie Frauen im Politbetrieb auszusehen haben, hat die ukrainische Regierung. Für alle Mitarbeiterinnen in den Kabinetten wurde 2009 eine Kleiderordnung erlassen: Kurze Röcke, Stöckelschuhe, auffällige Stoffmuster und knalliger Lippenstift sind ihnen seither verboten.² Die Kleidervorschrift im türkischen Parlament wiederum sah vor, dass weibliche Abgeordnete im Rahmen ihrer Tätigkeit zwingend einen Rock tragen mussten. Erst 2011 wurde diese Regelung aufgehoben.³

Kleidung ist nicht nur Ausdruck des persönlichen Geschmacks, sondern repräsentiert darüber hinaus die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, sie signalisiert den gesellschaftlichen Status, wie die hierarchische Stellung. Das Wissen um die situativ passende Kleiderordnung wird meist als bekannt vorausgesetzt. Dresscodes sind fixer Bestandteil jedes beruflichen Engagements. Im Kontext der Politik sowie in weiten Teilen der Geschäftswelt hat sich als Ausdruck von Seriosität und

Kompetenz für Männer Anzug und Krawatte als Uniform etabliert, die für jeden beruflichen Anlass kleidet. Politisch aktiven Frauen steht eine solche standardisierte Uniform nicht zur Verfügung. Sie kämpfen mit divergierenden Anforderungen an ihre Garderobe seit den Anfangstagen ihrer Teilhabe am politischen Prozess. Denn: „Obwohl niemand eine Autorität dafür war, welche Kleidung angemessen wäre, waren doch alle plötzlich Kritiker. Viele haben das Mittel der Stilkritik verwendet, um die Führungsstärke von Frauen in Zweifel zu ziehen oder ihre Eignung für die Politik generell zu hinterfragen.“⁴ Obwohl die Krawatte im öffentlichen Kontext nicht mehr in allen Fällen zwingend vorgeschrieben ist, symbolisiert sie wie kaum ein anderes Kleidungsstück die Teilhabe am öffentlichen Leben, sie verknüpft auf einzigartige Weise Entscheidungsmacht und Gestaltungswillen mit dem idealtypischen männlichen Erscheinungsbild. Ein Kleidungsstück, das Ähnliches transportieren würde, findet sich im Kleiderschrank einer Frau nicht.

Auf Bildern, die die Mächtigen dieser Welt zeigen, wird allein anhand der Kleidung augenscheinlich, welche Sonderstellung Frauen in der Politik noch immer haben. Freilich es gibt sie: Politikerinnen, die in die wichtigsten Ämter vorgedrungen sind und auf den höchsten Ebenen der Macht mitmischen. Wenn eine Politikerin zwischen all den schwarzen Anzügen auffällt und damit Aufmerksamkeit auf sich zieht, wird zweierlei sichtbar: Erstens stellen Frauen im Politbetrieb immer noch eher die Ausnahme als die Regel dar. Zweitens sind die vorherrschenden Regeln des Männerterrains Politik, beginnend bei etwas so Grundlegendem wie der Kleiderordnung bis hin zu diffizilen Ritualen der Macht, nicht geschlechtsneutral. Sie sind von

Männern genormt und auf ihre Verhaltensmuster und Lebensentwürfe zugeschnitten.

Nun hat sich in den letzten Jahrzehnten viel verändert. Weltweit gelangen immer mehr Frauen in politische Machtpositionen. Sie sind Präsidentinnen, Ministerinnen, Bürgermeisterinnen und Abgeordnete. Sie stimmen über Gesetze ab, regen Initiativen an, bedienen sich ihres Einflusses, um politische Vorhaben Realität werden zu lassen, führen Wahlkämpfe, gewinnen oder verlieren sie. Doch das Vordringen der Frauen in die Männerdomäne Politik verläuft keineswegs kontinuierlich.⁵ Warum erweist sich das Erreichen von zumindest quantitativ egalitären Vertretungsstrukturen als so zäh? Der Frauenanteil unter den Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat etwa ist rückläufig: Waren 2002 noch 33,9 Prozent aller Abgeordneten weiblich, liegt der Frauenanteil heute – zehn Jahre später – nur mehr bei 27,3 Prozent.⁶

Die Gründe für die mangelnde politische Präsenz von Frauen sind so vielschichtig und zahlreich wie die Hindernisse, die Frauen im Verlauf ihrer politischen Karriere zu überwinden haben. Historisch betrachtet wurde der demokratische Apparat in seiner Ausgestaltung wie wir ihn heute noch kennen, in einer Zeit entwickelt, als Frauen von jeder Partizipation explizit ausgeschlossen waren. Als Frauen sich ihr Recht zur Teilhabe im politischen Prozess erkämpft hatten, hatten Männer die Spielregeln, die formalen Abläufe und demokratischen Verfahren sowie sämtliche Institutionen der Politik längst entworfen und festgelegt. Die Teilhabe von Frauen, ihre spezifischen Lebensentwürfe und Interessenslagen wurden in der Gestaltung der demokratischen Strukturen nicht mitgedacht. Diese rein männliche Entwicklung von Demokratie hat relevante Auswirkungen für die politische

Kultur von heute. Doch die Historie allein erklärt die Benachteiligung von Frauen im Politbetrieb nicht. Neben den männlich codierten Politstrukturen spielen weitere Faktoren eine bedeutende Rolle, etwa die massiv ungleich verteilte Arbeitsbelastung im familiären Bereich, die es Frauen wesentlich schwerer macht, etwa auf kommunaler Ebene überhaupt in den Politbetrieb einzusteigen oder die konkrete Gestaltung von Wahlsystemen, die eine direkte Wirkung darauf hat, ob Frauen Mandate erringen. Die Finanzierung von Wahlkämpfen, die Strukturen oder Rekrutierungsmuster der Parteien - all diese Komponenten wirken daran mit, dass Frauen in der Politik schwerer Fuß fassen. Das Bild von Politik und dem Berufsstand des Politikers selbst orientiert sich vor allem an männlichen Vorbildern: Was zählt sind Durchsetzungsstärke und Führungswille, und beides wird Männern eher zugeschrieben. Wesentlich dafür ist die Entwicklung von Geschlechterrollenbildern, die unsere Welt in männlich und weiblich entlang der Pole öffentlich und privat ordnen. Das biologische Geschlecht selbst ist dabei ein Faktor, der kaum Unterschiede im Handeln sichtbar macht. Demgegenüber steht das soziale Geschlecht, das von uns inszeniert und damit jeden Tag neu konstituiert wird. Wir wollen als Frauen und Männer wahrgenommen werden und inszenieren uns deshalb so: in Gesprächen, durch unsere Kleidung, mit unserer Frisur. Geschlechtstypische Inszenierungen und die Wirkmacht stereotyper Bilder in unserem Alltag sind auch Teil jedes politischen Systems. Rollenbilder und die Erwartungshaltungen, die sich damit implizit auch an all jene knüpfen, die in der politischen Arena mitmischen, spielen in der politischen Auseinandersetzung eine bedeutende Rolle.

Politikerinnen werden mit durchaus widersprüchlichen Erwartungen in ihrer Rolle als Frau und in ihrer Rolle als Politikerin konfrontiert. Dieser Zwickmühle der divergierenden Ansprüche können Frauen kaum entgehen. Treten sie betont männlich auf, gelten sie schnell als unweiblich, man unterstellt ihnen ein Problem mit ihrer Weiblichkeit, sie laufen Gefahr, als „Mannsweib“ verunglimpft zu werden, zumindest aber nicht authentisch zu wirken. Betonen sie hingegen als typisch weiblich geltende Eigenschaften, agieren sie ausgleichend und diplomatisch, wird ihnen alsbald fehlender Mut unterstellt oder mangelnde Durchsetzungsstärke bescheinigt. Wie sich eine Frau im Politalltag bewegen soll, der – unabhängig von ihrer Person – jedenfalls einem Spießrutenlauf gleicht, ist daher für jede Einzelne weder aus strategischer noch aus persönlicher Sicht einfach zu beantworten. Die Ebene der Inszenierung umfasst in der Politik wie im Leben ein weites Feld, in dem manche Unterschiede in den Darstellungsleistungen von Männern wie Frauen zu beobachten sind. Kleidung, Körpersprache, Stimme, Mimik und Frisur, um nur einige zu nennen. Nur folgerichtig zeigen sich selbst in der bildsprachlichen Inszenierung von Frauen und Männern, etwa bei ihrer Darstellung auf Wahlplakaten oder bei der Auswahl thematischer Schwerpunkte, Differenzen.

Eine Rolle in der Konstruktion der unterschiedlichen Wahrnehmung von Frauen und Männern im politischen Prozess kommt auch den Medien zu. Auf zwei Ebenen verfügen Frauen über deutlich andere Voraussetzungen als ihre männlichen Kollegen. Einerseits ist der Medienbetrieb selbst männlich dominiert, insbesondere in den sogenannten „harten“ Themen wie Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik. Andererseits wird über Politikerinnen anders

als über ihre Kollegen berichtet: Das Private besitzt einen deutlich höheren Stellenwert und sie erlangen nicht dieselbe mediale Präsenz wie männliche Politiker. All diese kleinen Unterscheidungen schreiben sich schlussendlich in der Wahrnehmung der Wählerschaft fort und stellen damit Spitzenkandidatinnen vor besondere Herausforderungen. Diese Beobachtungen beziehen sich dabei weder auf bestimmte Medien noch auf einzelne Länder oder auf einzelne Berufsfelder. Die unterschiedliche Wertigkeit von eher männlich dominierten Bereichen und eher weiblichen dominierten Bereichen beschränkt sich auch nicht nur auf die Politik. Sie ist vielmehr ein Symptom sehr tief verankerter struktureller Wahrnehmungs- und Bewertungsunterschiede, die in allen Lebensbereichen wirksam sind: Ob im Sport, in der Filmindustrie oder im Literaturbetrieb - die Leistung von Männern und Frauen unterliegt in der Bewertung nicht denselben Kriterien.

Same same but different?

Wer sich mit Geschlechterrollen beschäftigt und Stereotypen nachspürt, gerät schnell ins Fahrwasser einer schlichten Weltsicht: Frauen verhalten sich so, Männer ganz anders, unterschiedlich allemal. Tatsächlich sind messbare Unterschiede zwischen den Geschlechtern vielerorts unbedeutend oder gar nicht vorhanden. In Summe ergeben sich deutlich mehr Ähnlichkeiten als Abweichungen. Trotzdem kommt der Frage Mann oder Frau im Alltag eine enorme Bedeutung zu. Das biologische Geschlecht ist ein grundlegendes Ordnungskriterium unseres Lebens. Das allein wäre vielleicht nicht weiter problematisch, allerdings sind die daran geknüpften

gesellschaftlichen Chancen unterschiedlich verteilt: Und das meist zum Nachteil von Frauen. Ein Beispiel: Eine Stichprobe von Hochbegabten, die über Jahrzehnte beobachtet wurden, belegt, dass Frauen, obwohl sie Männern intellektuell in nichts unterlegen waren, im Verlauf ihres Lebens beruflich weniger erfolgreich waren.⁷ Die Konsequenzen der Geschlechtszugehörigkeit mögen also auf psychologischer Ebene noch so gering sein, ihr Einfluss auf Lebensplanung und Gestaltung ist immens. Die angeführten Fallbeispiele, Ausführungen und Hinweise im vorliegenden Buch laufen selbstverständlich Gefahr, in ihrer Pauschalität auf den Einzelfall nicht zuzutreffen, dies ist jedenfalls mitzubedenken. Gleichzeitig kann auch der Einwand erhoben werden, dass das Aufzeigen und Betonen von geschlechtstypischen Verhaltensweisen genau diese weiter forschreibt und damit einzementiert. Dem Einwand ist einiges abzugewinnen, doch wenn man Unterschiede nicht benennen kann, wird im nächsten Schritt auch das Entwickeln von Maßnahmen und Strategien hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft erschwert beziehungsweise verunmöglicht.

Pionierin sein allein reicht nicht

Das Aufzeigen von Handlungsspielräumen in der Praxis und das Ausloten des Änderungspotenzials im politischen System, sowohl auf struktureller wie auf individueller Ebene, will einen Denkanstoß liefern, der konkrete Unterstützung bei der eigenen Rollendefinition gibt. Insbesondere für jede Einzelne, die es wagt, aus der Rolle zu fallen und sich an die politische Front zu stellen. Der Mut und das Durchhaltevermögen, das Engagement

gepaart mit hoher Frustrationstoleranz von aktiven Politikerinnen ist mehr als wertzuschätzen, doch ihr Einsatz allein setzt benachteiligende Mechanismen und strukturelle Gegebenheiten noch nicht außer Kraft. Am Ende ist es ein Dreiklang unterschiedlicher Maßnahmen, der es Frauen zukünftig vielleicht erlaubt, in politischen Strukturen mit der gleichen Selbstverständlichkeit zu agieren wie ihre Kollegen. Dazu zählen erstens Änderungen in den Entscheidungs- und Machtstrukturen des Politbetriebs, etwa wenn es um die Gestaltung von Wahlsystemen oder Fragen der Quotierung geht. Zweitens braucht es strukturelle Unterstützungsleistungen, die sich beispielsweise nicht auf einen bloßen Vernetzungscharakter beschränken, sondern es Frauen erlauben, sich in unterschiedlichen themenfokussierten Kontexten zu bewegen. Und schlussendlich bedarf es einer Neubewertung des allgemeingültigen Bildes von Politik überhaupt. Ein erster Schritt dazu ist die kritische Überprüfung und Reflexion der eigenen Erwartungshaltung an das politische Personal.

„It's A Man's World“: Frauen in der Politik weltweit

„This is a man's,
a man's, a man's world“
JAMES BROWN

Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen. Die bekannte Redensart beschreibt einen Zustand, in dem ein bestimmtes Ziel nur in mühevollen und kleinen Schritten erreicht werden kann. Wer die Entwicklung des weltweiten Frauenanteils in der Politik euphemistisch beschreiben will, hat damit wohl die richtige sprachliche Wendung gefunden. Denn die Zahl der Frauen in politischen Ämtern nimmt weltweit stetig zu - allerdings in einem Tempo, bei dem das Eichhörnchen den Hungertod sterben müsste.

Mächtige Frauen: Ein Überblick

Australien, Bangladesch, Deutschland, Kroatien, Island, Mali, Slowakei, Thailand, die Inseln der Kleinen Antillen Trinidad und Tobago, die Bermudainseln, St. Martin und die weitgehend autonome finnische Provinz Åland hatten im Jahr 2011 etwas gemeinsam, das sie zu einer weltweiten Besonderheit machte: Ihre Regierungschefinnen waren Frauen. Tatsächlich wurden Ende 2011 weltweit nur 12 Länder bzw. autonome Provinzen von Regierungschefinnen geführt. In weiteren zehn Ländern amtierte eine weibliche Präsidentin.⁸

Den höchsten Frauenanteil in der Regierungsmannschaft stellte zu Jahresbeginn 2010 laut

Angaben einer von der UN erstellten Übersicht über Frauen in politischen Führungspositionen Finnland. Dort waren 63,2 Prozent der Regierungsmitglieder weiblich.

Mehr als die Hälfte machten Frauen außerdem in den Regierungsmannschaften von Kap Verde (53,3 Prozent), Spanien (52,9 Prozent) und Norwegen (52,6 Prozent) aus. Über 40 Prozent weiblicher Regierungsmitglieder stellten Chile, Island, Schweden, die Schweiz, Dänemark und Liechtenstein. In Österreich betrug der Frauenanteil 38,5 Prozent. Damit liegt Österreich bereits über dem EU-Durchschnitt. Denn in den nationalen Regierungen der 27 EU-Mitgliedstaaten wurden 2010 nur rund ein Viertel der Ministerien und Staatssekretariate von Frauen geleitet. In zwei Ländern (Ungarn und Tschechien) gab es zum Erhebungszeitpunkt Ende 2010 keine einzige Ministerin.⁹

Insgesamt führten Frauen am 1.1.2010 weltweit 1.056 Ressorts in 188 verschiedenen Ländern.

In 16 Ländern war 2010 keine einzige Frau Ministerin. In 28 Ländern leitete nur eine einzige Frau ein Ministerium.

Umgekehrt gab es im Jahr 2010 keinen einzigen Staat, in dem kein oder nur ein Mann Minister war. Den geringsten Männeranteil im Regierungsteam hatte Finnland mit 36,8 Prozent.¹⁰

Auch bei der Ressortzuständigkeit kann man geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen. Von den 1056 von Frauen betreuten Ressorts gehörten die meisten zum Bereich Soziales (87), gefolgt von Familie (84), Umwelt (75) und Frauen (65). 63 Ressorts mit dem Schwerpunkt Arbeit und 62 Handels- bzw. Industrieministerien wurden ebenfalls von Frauen geführt. Auch wenn Wirtschafts- und Finanzministerien weltweit überwiegend in Männerhand waren, leiteten 24

Ministerinnen ein Finanzressort und 17 standen einem Wirtschaftsministerium vor.¹¹

Nicht nur die Staats- und Regierungsspitzen, auch die nationalen Parlamente werden weltweit von Männern dominiert. Laut IPU (Inter-Parliamentary Union) betrug der Frauenanteil in den einzelnen nationalen Parlamenten 2011 im Schnitt 19,6 Prozent.

Weltweit¹² betrachtet ergibt sich folgendes Bild: Anteilmäßig am stärksten waren Frauen in den Parlamenten der nord- und südamerikanischen Staaten vertreten (22,7 Prozent). Es folgen die Staaten Europas (22 Prozent), des Sub-Saharischen Afrikas (20,3 Prozent), Asiens (18 Prozent), die arabischen Staaten (12,2 Prozent) und die Pazifischen Staaten (15,2 Prozent).¹³

In Ruanda waren 2011 56,3 Prozent der Abgeordneten Frauen - damit war es das Land mit dem höchsten Frauenanteil unter den Parlamentarierinnen. Es folgten Andorra (53,6 Prozent), die Seychellen (45,2 Prozent), Schweden (45 Prozent), Südafrika (44,5 Prozent), Kuba (43,2 Prozent), Island (42,9 Prozent) und Finnland (42,5 Prozent) mit einem parlamentarischen Frauenanteil von über 40 Prozent. Insgesamt saßen in 23 Ländern mindestens 30 Prozent weibliche Abgeordnete in den Parlamenten.¹⁴

Den höchsten Frauenanteil in den nationalen Parlamenten der EU-27 erreichte Schweden mit 46 Prozent. Es folgten Island und die Niederlande mit jeweils 41 Prozent. Österreich lag mit rund 28 Prozent Frauenanteil unter den Abgeordneten über dem EU-27-Durchschnitt von 24 Prozent. Ungarn und Malta hatten den geringsten Frauenanteil in ihren Parlamenten (9 Prozent). Außerdem amtierte in neun der EU-27 Staaten eine Parlamentspräsidentin.¹⁵

Kontinuierlich werden mehr Frauen in das Europäische Parlament gewählt. Bei der ersten Direktwahl des EU-Parlaments 1979 betrug der Frauenanteil der neu gewählten Abgeordneten rund 16 Prozent. Seitdem verdoppelten sich die weiblichen Abgeordneten. Nach den siebten EU-Wahlen 2009 erhöhte sich der Frauenanteil unter den EU-ParlamentarierInnen von rund 31 (2004) auf 35 Prozent.

Die meisten Frauen entsandten mit rund 62 Prozent Finnland und Schweden (56 Prozent). Schlusslicht beim Frauenanteil war Malta. Es entsandte keine einzige Frau ins EU-Parlament. Von den 17 österreichischen Abgeordneten waren sieben weiblich (41 Prozent).¹⁶

In der Europäischen Kommission stellten Frauen Ende 2011 33 Prozent der Mitglieder (9 Frauen, 18 Männer). Der Präsident war ein Mann. Im Ausschuss der Regionen waren 21 Prozent Frauen vertreten, die Präsidentin war eine Frau. Im Sozialausschuss gab es unter männlichem Vorsitz 24 Prozent weibliche Mitglieder.¹⁷

Politikerinnen in Österreich

Zu einer Frau an der Regierungsspitze hat es in der Republik Österreich bis heute nicht gereicht. Weder gab es bisher eine österreichische Kanzlerin noch eine Bundespräsidentin. Mit Barbara Prammer stellte die SPÖ 2006 die erste Frau als Nationalratspräsidentin in der Zweiten Republik. Formell steht sie damit in der staatlichen Hierarchie an zweiter Stelle hinter dem Bundeskanzler. Als erste - und bisher einzige - Vizekanzlerin war Susanne Riess-Passer (FPÖ) von 2000 bis Anfang 2003 im Amt.

Unter den Volksvertreterinnen und Volksvertretern im österreichischen Parlament waren im Jahr 2011 27,32 Prozent Frauen. Dabei gab es durchaus große Unterschiede zwischen den einzelnen Parlamentsklubs: Grüne: 50 Prozent Frauenanteil, SPÖ: 35,09 Prozent, ÖVP: 23,53 Prozent, FPÖ: 16,22 Prozent und beim BZÖ: 12,5 Prozent.

Unter den 62 Mitgliedern des Bundesrats waren Ende 2011 19 Frauen (30,65 Prozent).¹⁸

Die erste Landeshauptfrau Österreichs stellt 1996 die ÖVP in der Steiermark mit Waltraud Klasnic. 2004 folgte Gabriele Burgstaller als zweite Landeshauptfrau in Salzburg. 2011 war sie die einzige Landeshauptfrau Österreichs. Die anderen acht Bundesländer wurden von Männern regiert.

Laut Frauenbericht 2010 betrug der Frauenanteil in den Landesregierungen zum Erhebungszeitpunkt 2008 im Durchschnitt 39,9 Prozent.

Im Detail zeigen sich zwischen den einzelnen Bundesländern große Unterschiede. In Wien lag der Frauenanteil bei 50 Prozent, in Niederösterreich bei 44,4 Prozent, in Salzburg bei 42,9 Prozent, im Burgenland nur mehr bei 28,6 Prozent, in Tirol bei 25 Prozent, in der Steiermark erreichte er 22,2 Prozent, in Kärnten und in Vorarlberg 14,3 Prozent, in Oberösterreich gar nur 11,1 Prozent. In Kärnten, Oberösterreich und Vorarlberg gab es jeweils nur eine Landesrätin. Zum Erhebungszeitpunkt des vorangegangenen Frauenberichts 1994 waren auf Landesebene nur 18 Prozent Frauen tätig gewesen. Auch hier nahm der Frauenanteil insgesamt also deutlich zu. In den Landesparlamenten gab es einen Frauenanteil von durchschnittlich 30,8 Prozent unter den Abgeordneten. Der Frauenbericht bemerkt außerdem, dass im Bundesland

Kärnten nach den Wahlen 2009 keine einzige Frau mehr in der Landesregierung vertreten war.¹⁹ Europaweit sind in den Regionalregierungen durchschnittlich 31 Prozent Frauen vertreten, 92 Prozent männlicher Präsidenten von Landesregierungen stehen 8 Prozent weiblichen gegenüber.

Eine dünne Personaldecke?

Die Unterrepräsentanz von Frauen zeigt sich auf allen politischen Ebenen. So haben etwa die Rekrutierungsmuster der politischen Parteien Einfluss darauf, in welcher Weise Frauen im politischen Prozess partizipieren können, denn es sind die Parteien, die in den meisten Fällen darüber entscheiden, wer überhaupt zur Wahl steht. Sie haben die Personalhoheit über die politischen Institutionen eines Landes.²⁰ An der Basis beginnt so manche politische Karriere. Aber auch hier sind Frauen in der Unterzahl. In Deutschland waren 2004 etwa 1,6 Millionen Menschen Mitglied einer politischen Partei, darunter allerdings nur zu 30 Prozent Frauen.²¹

Eine klassische politische Karriere beginnt auf kommunaler Ebene. Das Engagement von Frauen ist auf dieser Ebene aber eher die Ausnahme als die Regel. Die 2.238 österreichischen Bürgermeister hatten 2010 exakt 119 Kolleginnen, das entspricht einem Frauenanteil von 5 Prozent.²²

Damit ist Österreich kein Sonderfall. Für Deutschland etwa zeigt das *Zweite Genderranking deutscher Großstädte* aus dem Jahr 2010 eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen in den großstädtischen Kommunalparlamenten. Nur rund 13 Prozent der Oberbürgermeisterinnen sind

Frauen.²³ Innerhalb der Europäischen Union sind 87 Prozent der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in den Mitgliedsstaaten der EU Männer.²⁴ In den Gemeinderäten ist das Zahlenverhältnis nur ein wenig besser.²⁵ Die mangelnde Vertretung von Frauen auf lokaler Ebene rächt sich: „Abgesehen davon, dass damit ein großer Teil aller politischen Entscheidungen nach wie vor von Männern gefällt wird, verpassen die Frauen entscheidende politische Lern- und Sozialisationserfahrungen für eine spätere politische Karriere.“²⁶ Auch über andere Rekrutierungsmechanismen können Parteien zahlenmäßig nicht auf ebenso viele Männer wie Frauen zurückgreifen. Die großen Dachverbände von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerorganisationen sowie die Institutionen auf Unternehmerseite sind nach wie vor ein männerdominiertes Feld.²⁷ Im Vorstand der Arbeiterkammer, bestehend aus neun Vorsitzenden der Länderkammern und sieben weiteren Mitgliedern, liegt der Frauenanteil bei 12,5 Prozent, in der Hauptversammlung sind Frauen zu 23,9 Prozent vertreten. Der Österreichische Gewerkschaftsbund wurde noch nie von einer Frau geführt, die statutarisch festgelegte Quote, nachdem in Gremien ebenso viele Frauen vertreten sein müssen, wie es weibliche Mitglieder gibt, wird seit 2008 erreicht: Im Vorstand betrug der Anteil der Frauen 40,9 Prozent. Auch an der Spitze der Wirtschaftskammer sowie der Industriellenvereinigung stand noch nie eine Frau. Im Präsidium der Wirtschaftskammer sind Frauen zu 25 Prozent vertreten, im erweiterten Präsidium sinkt der Anteil auf 15 Prozent. Im Bundespräsidium der Industriellenvereinigung finden sich überhaupt keine Frauen, auch die Länderpräsidenten sind durchwegs männlich. In den Vorständen fällt der Anteil der Frauen

ebenfalls mager aus: Er liegt, je nach Bundesland, zwischen null und zwanzig Prozent.²⁸ Auch der Rekrutierungsweg über die öffentliche Verwaltung funktioniert nur in manchen Feldern für Frauen im selben Maße wie für ihre Kollegen: Zwar liegt der Anteil der Bediensteten im Bereich „Soziales und Konsumentenschutz“ bei 64 Prozent, im Innenressort aber nur bei 20 Prozent, im Bereich Landesverteidigung überhaupt nur mehr bei 12,5 Prozent.²⁹

„Unkonventionelles“ Engagement

Bürgerinitiativen, NGOs, Vereine, Selbsthilfegruppen, Soziale Bewegungen - auch abseits der institutionellen Politik gibt es gesellschaftliches Engagement. Immer wieder stößt man in der Literatur über die Unterrepräsentanz von Frauen im politischen System auf die Forderung, den Politikbegriff zu erweitern.

Auch zivilgesellschaftliches Engagement gehört schließlich zur Politik und hier würden sich Frauen eher zu Hause fühlen, weil die Organisationsformen mit ihren flachen, tendenziell informellen Strukturen und eher projektorientierten Zeitstrukturen ihren Bedürfnissen stärker entgegenkommen.

Eine These, die durchaus ihre Richtigkeit hat, die allerdings auch zweierlei Gefahren in sich birgt. Denn so essenziell und unverzichtbar das Engagement in all den genannten Organisationsformen für die Gestaltung der Gesellschaft ist, allgemein verbindliche Letztentscheidungen werden in der repräsentativen Demokratie dennoch in den Gremien institutioneller Politik getroffen, in Gemeinderäten, im Landtag, in

Ausschusssitzungen und im Nationalrat. Hier - und nur hier - wird aus Absicht Gesetz. Frauen sollen in diesem innersten Kern der Macht den Platz bekommen, der ihnen zusteht.

Zweitens ist fraglich, warum in politischen Bereichen wie Sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen oder NGOs nicht dieselben Mechanismen wie in herkömmlichen Institutionen wirken sollen, die Frauen an demokratischer Partizipation hindern. Auch hier sind Männer in Leitungsfunktionen überrepräsentiert, werden besser bezahlt und erledigen tendenziell die prestigeträchtigeren Arbeiten. Natürlich sind diese Organisationsformen historisch betrachtet jünger, das allein heißt in Bezug auf Fragen der Geschlechtergerechtigkeit aber noch nicht viel, wie etwa die Betrachtung von geschlechtsspezifischer Partizipation in einem der jüngsten und potenziell hierarchiefreisten Medien, dem Internet, zeigt.

Tatsächlich zeigen Untersuchungen, dass es auch in diesen gesellschaftlichen Bereichen ein Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern gibt.

Aufschlussreich ist hier der *Freiwilligensurvey 2009*, eine Analyse des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts in unterschiedlichen Bereichen in Deutschland, herausgegeben vom Deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. So waren 2009 40 Prozent der Männer freiwillig engagiert und 32 Prozent der Frauen.³⁰ Die Leitungsfunktionen werden auch im freiwilligen Bereich mehrheitlich von Männern besetzt: 39 Prozent der befragten Männer und 24 Prozent der Frauen übten eine Leistungstätigkeit aus.³¹ Männer erhielten auch häufiger, regelmäßiger und höhere Vergütungen, etwa Aufwandsentschädigungen, für ihre Tätigkeiten.³² Auffallend ist außerdem, dass das Engagement von Frauen

vor allem in der Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren, also in der Familiengründungsphase, hinter jenem der Männer weit zurück bleibt.³³

Eine Auswertung des *Freiwilligensurvey 2004* markiert einen weiteren Unterschied. Die Studie erhob gemeinschaftliches Engagement, zum Beispiel aktive Mitgliedschaft in Selbsthilfegruppen, Vereinen, in der Jugendarbeit oder Berufsvertretung getrennt von freiwilliger Arbeit, bei der auch Aufgaben und Ämter übernommen werden. Zwar waren Frauen insgesamt ähnlich oft gemeinschaftlich aktiv und haben bei verschiedenen Tätigkeitsbereichen „mitgemacht“ (35 Prozent der Frauen, 33 Prozent der Männer), aber wenn es darum geht, Funktionen zu übernehmen, zeigt sich eine deutliche Differenz von 32 Prozent der Frauen zu 39 Prozent der Männer, die über reines „Mitmachen“ hinausgehend eine Aufgabe übernehmen.³⁴

Der *Freiwilligensurvey 2009* stellte auch Unterschiede fest, in welchen Bereichen sich Frauen und Männer vor allem engagieren. So heißt es: „Dominierende Bereiche, wie etwa der Sport, überhaupt das gesamte vereins- und verbandsbasierte Wesen, mehr noch das politische und berufsbezogene Engagement sowie die freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste, sind stark von Männern geprägt. Hingegen ist das Engagement von Frauen in Kindergarten und Schule zwar umfangreich, aber oft zeitlich begrenzt. Bei den Kirchen spielen sie eine wichtige Rolle, allerdings nicht selten ohne ausreichende Mitbestimmung.“³⁵

Der *Gender-Datenreport 2005* zeigt, dass Frauen im nicht-konventionellen Politikbereich durchaus aktiv sind. 19,2 Prozent der Frauen und 23 Prozent der Männer haben demnach schon einmal in einer Bürgerinitiative

mitgearbeitet. Außerdem geben 30,6 Prozent der Frauen und 40,7 Prozent der Männer an, schon einmal an einer Demonstration teilgenommen zu haben. Wenn es darum geht, Unterschriften für ein Anliegen zu sammeln, gibt es nahezu keinen Geschlechterunterschied. 69,5 Prozent der Frauen und 71,5 Prozent der Männer geben an, an so einer Aktion teilgenommen zu haben.³⁶

Und auch in den sogenannten „Neuen Sozialen Bewegungen“ scheinen die Aufgaben entlang alter Geschlechtermuster organisiert zu sein. So wären es auch dort die Frauen, die eher bereit sind, die „pflegerische Tätigkeiten bei Besetzungen, Demonstrationen o. ä. zu übernehmen; Männer würden leichter eigene inhaltliche Aspekte in die Arbeit der Initiativen einbringen.“³⁷